

Equinor Deutschland GmbH

**hinsichtlich der Festlegung der Höhe der  
Multiplikatoren, der Festlegung eines Abschlags an  
den Einspeisepunkten aus LNG-Anlagen sowie an Ein-  
und Ausspeisepunkten von Infrastrukturen, die zur  
Beendigung der Isolation von Mitgliedstaaten  
hinsichtlich ihrer Gasfernleitungsnetze errichtet  
wurden und der Festlegung der Höhe der Abschläge  
für unterbrechbare Standardkapazitätsprodukte an  
allen Kopplungspunkten für das Kalenderjahr 2021  
(„MARGIT 2021“) (BK9-19/612)**

Berlin, 19.08.2020

Im vorliegenden Entwurf von MARGIT 2021 wird der Sicherheitsabschlag generell von 10 auf 20 Prozent an den Grenzübergangspunkten erhöht. In Konsequenz würden die Tarife um 3,8 Prozent steigen.

Grundsätzlich ist die Vermutung der BNetzA nachvollziehbar, dass die Unterbrechungswahrscheinlichkeit der uFZK mit der Marktgebietszusammenlegung tendenziell steigen wird. Für uns jedoch nicht nachvollziehbar ist, weshalb die Kapazitätsreduktion punktscharf durch die Marktgebietszusammenlegung ermittelt werden kann, nicht jedoch eine punktscharfe Unterbrechungswahrscheinlichkeit. Für den Markt sind sachgerechte punktscharfe Ermittlungen erforderlich. Zu einer verursachungsgerechten Berechnung gehören ebenfalls die unfreiwilligen Unterbrechungen durch Renominierungen.

Es ist zudem nicht nachvollziehbar, weshalb die BNetzA entgegen der bisherigen Praxis eine unterschiedliche Berechnung – für die innerdeutschen Punkte nach BEATE und für Grenzübergangspunkte nach MARGIT – anstrebt. Eine Harmonisierung der Berechnungslogiken wäre wünschenswert.

Da eine Weiterführung des erhöhten Sicherheitsabschlags in MARGIT über 2021 hinaus sowie eine Angleichung der Berechnung zur Bestimmung des Abschlags für uFZK für BEATE im Nachgang gemäß der bisherigen Praxis nicht ausgeschlossen werden kann, können die Auswirkungen auf die restlichen Entgelte nicht abschließend bewertet werden. Der deutsche Gasmarkt steht jedoch im Wettbewerb mit anderen europäischen Handelsplätzen. Wie bereits in den letzten beiden REGENT-Stellungnahmen dargelegt, führen höhere Transportkosten zum Hub – wie durch den erhöhten Sicherheitsaufschlag für uFZK initiiert – im Vergleich zu alternativen Märkten zu Wettbewerbs- und Liquiditätsnachteilen für den deutschen Gasmarkt.

Von dem verdoppelten Sicherheitsabschlag profitieren nicht nur uFZK, sondern auch bFZK und DZK an den Grenzübergangspunkten. Insbesondere bei den DZK-Produkten profitieren ausschließlich grenzüberschreitende Transporte, die über Punkt-zu-Punkt-Verbindungen und nicht über den zentralen Handelpunkt erfolgen. Damit kommt es zu Fehlanreizen. Der Handelpunkt und seine Liquidität werden geschwächt, da zum einen die Gasflüsse an ihm vorbei transportiert werden. Gleichzeitig verteuern sich die Einspeiseentgelte zum Hub, da die Rabatte durch die restlichen Tarife kompensiert werden müssen.

Die vorgeschlagene generelle Verdopplung des Sicherheitsaufschlags sollte daher in Hinblick auf die potenziellen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hubs kritisch überprüft werden. Aufgrund der fehlenden potenziellen Gesamtauswirkungen

und der verhältnismäßig kurzen Konsultationszeit ist eine abschließende Bewertung des vorgeschlagenen erhöhten Sicherheitsaufschlag nicht möglich.

Für Rückfragen und ein persönliches Gespräch stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.